

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 806 848 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Willy Brandt MdB zur
Problematik von Flucht
und Massenwanderung
in unserer Zeit: Auf-
nahmebereitschaft und
Zusammenleben ler-
nen.

Seite 1

Dokumentation

Der Direktoriumsvorsit-
zende des Zentralrates
der Juden in Deutsch-
land, Heinz Galinski,
veröffentlichte in Berlin
eine Erklärung zum 8.
Mai, die wir dokumen-
tieren.

Seite 5

46. Jahrgang / 87

8. Mai 1991

Aufnahmebereitschaft und Zusammenleben lernen

Zur Problematik von Flucht und Massenwanderung in unserer Zeit

Von Willy Brandt MdB

Präsident der Sozialistischen Internationale
Ehrenvorsitzender der SPD

Was es bedeutet, als Flüchtling um Asyl nachzusuchen, ich habe es in jungen Jahren selbst erfahren müssen. Der Schmerz um den (wie ich stets hoffte, zeitlich begrenzten) Verlust der Heimat wurde wesentlich geringer, wenn uns oft staatenlos gemachten Flüchtlingen fremde Menschen - auch Behörden! - Aufnahmebereitschaft bekundeten.

Das weitaus schwerere Los hatten die Deutschen jüdischer Herkunft zu tragen, die aus ihren verständlichen Gründen ganz überwiegend nicht zurückgekehrt sind. Auch sonst empfiehlt sich Vorsicht bei Vergleichen zwischen der damaligen und der heutigen Lage.

Daß jedoch nach jener dunklen Epoche der deutschen Geschichte die Väter und Mütter des Grundgesetzes im Artikel 16 (Absatz 2, Satz 2) festschrieben: "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht", bleibt ein guter, da weltbürgerliche Solidarität bekundender Verfassungsauftrag. Von zivilisierten Staaten muß erwartet werden, daß sie Verfolgten Schutz gewähren - ein Grundsatz, dem schwarz-auf-weiß alle Unterzeichnerstaaten der Genfer Flüchtlingskonvention zugestimmt haben. Wenn also - aus praktischen Erwägungen - über eine Harmonisierung der Asylpolitik und ihre konkrete Ausgestaltung zwischen den EG-Staaten verhandelt wird, darf man auf keinen Fall hinter die Genfer Vereinbarungen zurückfallen.

Trotzdem will ich mit dieser ersten Bemerkung den Unterschied hervorheben zwischen dem Bewußtseinsstand, aus dem heraus das Asylrecht im Grundgesetz verankert wurde, und der Lage, mit der wir es heutzutage zu tun haben: Damals standen wir unter dem Eindruck der politischen Verfolgungen und der rassistischen Exzesse, die auf das Schuldkonto der NS-Herrschaft kamen. Millionenfache Vertreibung hatte es in der europäischen Nachbarschaft schon gegeben, denken wir an die Griechen oder an die Armenier, aber weder die Möglichkeiten der Kommunikation noch die Art, in der Grenzen bewacht wurden, ließen daraus etwa in der Weimarer Republik ein Problem werden, das uns unmittelbar und massiv berührte.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Veröffentlicht/Druck
mit wertvollem Recycling-
Papier



Meine zweite Bemerkung sollte angesichts des fürchterlichen Flüchtlingsdramas im Irak - und in den Grenzregionen der Türkei wie Iran - ebenfalls Verständnis finden können: Die zivilisierte Welt beginnt deutlicher als zuvor zu bekunden, daß sie sich nicht damit abzufinden bereit ist, wenn Volksgruppen drangsaliert, außer Landes getrieben oder gar vernichtet werden. Wohlwissend um die hehren Prinzipien der Souveränität und territorialen Integrität, hat der Weltsicherheitsrat mit der UN-Resolution 688 mit gutem Rechtsempfinden die Grenzen für innerstaatliches Handeln spürbar enger gezogen. Hoffentlich wird die laufende Intervention zugunsten der Kurden in allen Ländern der Region und darüber hinaus als warnende Aufforderung verstanden.

Wenn die Vereinten Nationen in der Nachfolge der Nothilfe für die bedrängten Kurden ihren Friedensauftrag weltweit auf die frühzeitige Verhinderung von Flüchtlingsströmen ausdehnen, würde nicht nur die Arbeit der Genfer Hochkommissarin für Flüchtlingsfragen um einiges erleichtert, sondern gleichzeitig auch hierzulande die Diskussion zu den Fragen europäischer Flüchtlingshilfe und eigener Asylgewährung um einiges versachlicht.

Vielen Landsleuten dürfte noch immer nicht bewußt sein, daß die meisten Flüchtlinge auf dieser Welt keineswegs in Europa Aufnahme finden, sondern in den weithin bettelarmen Ländern im Süden der Erde. Daß Pakistan mit der Aufnahme von mehreren Millionen Afghanen ebenso überfordert ist wie Länder im südlichen Afrika, die unzählige Leidtragende der Bürgerkriege im Sudan oder Mosambik aufzunehmen haben, ist offenkundig. Im Falle der Flüchtlingstrecken aus dem Irak sind - wie erwähnt - auch die Türkei und Iran überfordert, obwohl die Hilfslieferungen aus allen Teilen der Welt umfangreich sind.

Auf verantwortliche Regierungen einwirken

So wichtig dort und anderenorts die unmittelbare Hilfe durch engagierte, meist nicht-staatliche Organisationen bleibt, muß das millionenfache Flüchtlingsproblem vorrangig politisch gelöst werden, nämlich durch Einwirkung auf verantwortliche Regierungen und Zusammenarbeit mit ihnen. Wo diplomatisches Zureden nicht ausreicht, sind wohl wirtschaftliche Sanktionen durchaus angebracht.

Nichts führt schließlich - meine dritte Bemerkung - an der Erkenntnis vorbei, daß die entscheidende Aufgabe darin liegt, die wirtschaftlichen, sozialen, rechtlichen und politischen Verhältnisse so zu verändern, daß die Ursachen von massenhafter Abwanderung - und auch von erzwungener individueller Flucht - beseitigt werden. Das mag heute illusionär erscheinen, es kann auch kein Nichtstun rechtfertigen, aber die eigentlichen Zusammenhänge müssen klar bleiben.

Ob die besagte UN-Resolution 688 weltweit einen zivilisatorischen Fortschritt bewirkt, ist zunächst noch eine vage Hoffnung. Vage, zumal zwei gewichtige der fünf ständigen Vertreter des Weltsicherheitsrates nicht zugestimmt haben, sondern aus naheliegenden Gründen sich der Stimme enthielten. Die Stichworte Balkum und Tienamen werden ausreichen, um nicht lange erklären zu müssen, was und wen ich meine.

Ich komme somit zu meiner vierten Bemerkung, die sich auf die Ost-West-Beziehungen nach dem lange ersehnten Fall von Mauer und Eisernem Vorhang bezieht: Die feierlichen Erklärungen zur Pariser Charta vom November 1990 müssen für alle Vertragspartner des KSZE-Prozesses gleichermaßen gelten, und sie müssen institutionell verankert werden. Zum Themenkomplex dieses Forum meine ich zum einen die Achtung der Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker, zum anderen den - noch zu behandelnden - Bereich wirtschaftlicher und ökologischer Zusammenarbeit. In den europäischen, also über Deutschland sich erstreckenden Bereich gehören auch die existentiellen Rechte der Roma und Sinti.

Nicht nur mit Blick auf die Sowjetunion, sondern auf den östlichen Teil unseres Kontinents überhaupt, erkennen wir extremistische Auswüchse, die Menschen verängstigen. Nachdem der Zwang zur Einheitlichkeit entfallen ist, sind - neben berechtigten Ansprüchen auf Eigenständigkeit und Eigenverantwortung - nationalistische, sogar chauvinistische und rassistische Aufwallungen unübersehbar. Manches erinnert mich an die schlimmen Ereignisse, die die Epoche zwischen den beiden Weltkriegen prägten. Aus Angst vor Pogromen mußten damals allzu viele in die (einst sogenannte) Neue Welt flüchten. Angesichts der heutzutage wieder allgegenwärtigen Unsicherheit verlassen Menschen jüdischer Herkunft ihre Heimat, ähnlich überstürzt kommen nicht nur Deutschstämmige zu uns.

Wer nach den tiefgreifenden Umbrüchen von 1989 meinte, das "Kapitel Aussiedler" sei abgeschlossen, hat - wie die von Minister Schnoor genannten Zahlen beweisen - reichlich naiv dahergeredet. Geboten ist ein neuer Realismus, nicht eine erneute Flucht vor der Wirklichkeit.

Was in der gegenwärtigen Situation, da die Zustände nicht nur in sowjetischen und jugoslawischen Republiken Züge des Chaotischen angenommen haben, was momentan von uns erwartet werden kann, sind Offenheit, Verständnis und Hilfsbereitschaft in den uns gegebenen Grenzen. Ich weiß, das ist leichter gesagt als getan, zumal die Anforderungen des Zusammenwachsens im eigenen Lande größer geworden sind, als es die meisten vermuteten. Nur, daran sollte kein Zweifel bestehen, das Gegenteil, also Ignoranz und Abschottung würden über kurz oder lang ungleich höhere Kosten verursachen.

Ich bin davon überzeugt, daß bei tatkräftiger, solidarischer Hilfe die politischen Wirren und die wirtschaftliche Misere im Osten Europas nicht von allzulanger Dauer sein werden. Unproduktive Neigungen lassen sich durch positive, auf europäische Zusammenarbeit hinwirkende Kräfte ersetzen. Indem unmißverständlich deutlich gemacht wird, daß Hilfe an Bedingungen im Geiste der Pariser Charta gekoppelt ist, kann Reformbereitschaft zusätzlich befördert werden. In diesem Sinne ist auch in den Statuten der neugegründeten Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung der "Link" zwischen wirtschaftlicher und demokratischer Kreditwürdigkeit eng geknüpft worden.

Mit Zuwanderung aus dem Osten ist weiter zu rechnen

In aller Nüchternheit will ich gleich hinzufügen: Selbst wenn in absehbarer Zeit die Demokratisierung der osteuropäischen Gesellschaften unumkehrbar wird und dank Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte die politisch-kulturellen Fluchtursachen beseitigt sein werden, müssen wir gleichwohl auf unbestimmte Zeit mit Zuwanderung aus dem Osten rechnen. Das Wohlstandsgefälle wird sicherlich nicht im Verlaufe eines Jahrzehnts ausgeglichen werden können.

Zu den vorrangig wirtschaftlich bedingten Wanderungsbewegungen meine fünfte Bemerkung, die sich in eine einfache Formel fassen läßt: Je steiler das Wohlstandsgefälle, desto größer der Migrationsanreiz. Da dieses Gefälle in den 80er Jahren nicht nur auf der Ost-West-Achse, sondern noch ungleich krasser im Nord-Süd-Verhältnis zugenommen hat - bei allem Fortschritt, der in einer Reihe von Entwicklungsländern zu verzeichnen ist -, ist der Abwanderungsdruck aus dem Süden überproportional gestiegen.

Der ernüchternde Befund im dieser Tage veröffentlichten Memorandum der "Stockholmer Initiative" - die von Mitgliedern meiner und der Palme-, Brundtland- und Nyerere-Kommission getragen wird: "Trotz aller Bemühungen ist es nur in wenigen krisengeschüttelten Ländern bisher gelungen, den wirtschaftlichen Niedergang zu stoppen - mehr nicht. Oft waren die zur Durchführung von Reformen verfügbaren Mittel unzureichend. Vielerorts setzen die Menschen nur wenig Hoffnung in die Zukunft."

Aus diesen Gründen hat die Migration zugenommen. Manche Menschen haben ihr Land verlassen, weil sie durch Armut, Umweltzerstörung, Unterdrückung oder Gewalt dazu gezwungen waren. Andere haben sich auf die Suche nach einem anderen Ort zum Wohnen und Arbeiten begeben, weil sie sich ein besseres Leben wünschen - ein Leben, in dem sie ihre Fähigkeiten besser nutzen können.'

Und weiter: 'Migration spielt nicht nur wirtschafts- und sicherheitspolitisch, sondern auch aus humanitärer Sicht eine zunehmend wichtigere Rolle in den internationalen Beziehungen. Solange sie in einem gemäßigten Rahmen ablaufen, stellen Wanderungsbewegungen ein wirtschaftlich und kulturell positiv zu bewertendes Phänomen dar. Dies gilt allerdings nicht für Migrationsströme, die der Armut entspringen, und auch nicht für Flüchtlingskrisen. Tendenziell nimmt aber gerade diese Art der Migration in der Welt immer stärker zu, was in vielen Regionen zu wirtschaftlichen und politischen Belastungen führt.'

Dabei sind wir wieder bei unseren Problemen in Deutschland, ohne einfache Handlungsanweisungen von draußen erwarten zu können. Weil wir uns in Stockholm am vorletzten Wochenende unter anderem über die weltweiten Risiken ungezügelter Wanderungsbewegungen einig waren, haben wir zu globaler Sicherheit und Weltordnung weitgehende Vorschläge unterbreitet, die konkrete Aufgaben in den Bereichen Entwicklung, Umweltschutz, Bevölkerungspolitik, Demokratie, Menschenrechte benennen. Ich kann hier nicht ins Detail gehen, und Wunschdenken führt nicht weit: Mit guten Projekten vor Ort in den Abwanderungsländern ist es allein sicherlich nicht getan; wohlverstandene Entwicklungszusammenarbeit sollte anderweitig auch die Überprüfung und Veränderung der eigenen Handels- und Finanzpolitik einschließen. Umfassender Schuldenerlaß und Überwindung der wahnwitzigen EG-Agrarmarktordnung dürfen keine Tabuthemen bleiben.

Schließlich meine sechste Bemerkung: Wir sollten uns zu der Einsicht durchringen, daß Westeuropa längst zu einer Einwanderungsregion geworden ist. Mit der Revolution des Kommunikationswesens ist auch in den ärmeren Teilen der Welt das (wirkliche oder vermeintliche) Wissen um die hiesigen Lebensumstände größer geworden, und durch die modernen Transportmittel sind die Wege zu uns - ja, selbst nach Japan - spürbar kürzer geworden. Dies findet in den anschwellenden Zahlen der Asylbewerber - zumal der abgelehnten - einen 'falschen Ausdruck', da hier wie dort zeitgemäße Gesetze fehlen.

Eine gemeinsame Einwanderungspolitik entwerfen

Mit nationalen Alleingängen sind die Probleme der Armutswanderung ebenso wenig zu bewältigen wie mit kurzatmigen EG-weiten Abschottungsmaßnahmen. Vielmehr sollten die EG-Staaten - auch um eine Aushöhlung des Asylrechts zu verhindern - eine gemeinsame Einwanderungspolitik entwerfen. Ob - zusätzlich zur Anerkennung von 'klassischen' Fluchtgründen, von denen auch unser Grundgesetz ausgeht - Quoten nach Härtefällen, nach berufsspezifischen oder regionalen Gesichtspunkten der richtige Weg sind, kann zum Teil an den Erfahrungen der klassischen Einwanderungsländer ermessen werden. Wo die Kompetenzen liegen sollten, müßte auf den Regierungskonferenzen zur Politischen Union recht bald entschieden werden. Dabei wird klar werden: Allen Geplagten dieser Erde wird auch die Europäische Gemeinschaft nicht zur Heimstatt werden können.

Was auf der Tagesordnung steht, ist - über EG '92 hinaus - die Schaffung einer gesamteuropäischen Einheit, die nationale Engstimmigkeiten überwindet. Identität bleibt gleichwohl ein bewahrenswertes Gut. Meine Vision für Europa ist kein neuer Schmelztiegel, sondern ein Föderalismus, der liebgegewonnene Traditionen und kulturelle Vielfalt bewahren hilft.

Patentrezepte habe auch ich nicht anzubieten. Kontinentales oder globales Denken zur Problematik von Flucht und Massenwanderung muß letztlich durch lokales Handeln unter Beweis gestellt werden. Aufnahmebereitschaft und multikulturelles Zusammenleben wollen mühsam erlernt sein - was allerorten schmerzliche Erfahrungen einschließt.

Der naive Glaube an problemlose Integration ist bekanntlich selbst an der sonnigen Westküste der USA längst verfliegen. Allerdings kann multikulturelles Zusammenleben durch kommunale Anstrengungen - in Schulen und Betrieben, durch Freizeitangebote und auf manch andere Weise - erleichtert werden.

Bewußt zur Verständigung beitragen

Gleichzeitig bleibt latente Fremdenfeindlichkeit eine ständige Herausforderung, der alle gesellschaftlichen Gruppen - nicht nur die Kirchen, Gewerkschaften, Parteien - entschieden entgegenzutreten haben. All jenen möchte ich meine dankbare Anerkennung aussprechen, die - auf sozialem, politischem oder journalistischem Felde - zur Verständigung zwischen unseren Mitbürgern unterschiedlicher Nationalität beigetragen haben. Ihre bewußte Arbeit bleibt von besonderem Gewicht, wo Menschen durch raschen und unerwarteten Wandel verunsichert sind.

(-/8. Mai 1991/rs/ks)

(Willy Brandt trug diese Gedanken am 6. Mai auf dem von NRW-Innenminister Herbert Schnoor in Duisburg veranstalteten Forum "Fluchtburg oder Festung Europa" vor).

DOKUMENTATION

Heinz Galinski zum 8. Mai: Die Botschaft des Tags der Befreiung

Der Direktoriumsvorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland veröffentlichte in Berlin eine Erklärung zum 8. Mai, die wir nachstehend dokumentieren.

Das heutige Datum, der 8. Mai, ging im Bewußtsein der freien und demokratischen Welt in der Geschichte Deutschlands und Europas als der Tag der Befreiung ein. Heute vor 46 Jahren

gelang es, die nationalsozialistische Gefahr, die alle Menschen auf diesem Kontinent und über seine Grenzen hinaus zu versklaven drohte, zu bezwingen.

Es gab nur wenige, die damals vor 46 Jahren an ein Wiedererstehen jüdischen Lebens auf deutschem Boden, an Wiederbegründungen von jüdischen Gemeinden glaubten. Daher ist der heutige Tag auch ein Anlaß, all denjenigen zu danken, die zu diesem Wiederaufbau beigetragen haben, angefangen von den Menschen an der Basis in den Gemeinden selbst über die Institutionen der Länder bis hin zu den einzelnen Bundesregierungen.

Wenn man auf die nicht immer einfachen Entwicklungen dieser Zeitspanne zurückblickt - vor allem auf die inneren und äußeren Widerstände der ersten Jahre - so können wir mit gewisser Genügtuung feststellen, daß unsere Hoffnungen nicht enttäuscht wurden. Andererseits dürfen wir auch vor den besorgniserregenden Problemen die Augen nicht verschließen, die gerade in der letzten Zeit wieder im erschreckenden Maße die jungen Menschen erfassen - vor den Erscheinungen des Antisemitismus und der Fremdenfeindlichkeit, die nicht nur den inneren Frieden sondern auch das internationale Ansehen des Landes gefährden.

Nicht minder beunruhigen uns ähnliche gesellschaftliche Regungen in Ländern wie Polen und Sowjetunion, und es soll gerade am heutigen Tag ein dringender Appell ergehen an die Staatspräsidenten Gorbatschow und Walesa, dem Antisemitismus, der sich im dortigen politischen Leben breit macht, Einhalt zu gebieten.

Wir unsererseits wollen künftig alles tun, was in unseren Kräften steht, um unseren diesbezüglichen gesellschaftlichen Auftrag zu erfüllen. Und das bedeutet in diesem Zusammenhang verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung vor allem unter jungen Menschen, mit dem Ziel die bestehenden Wissenslücken zu schließen und damit dabei helfen, Vorurteile abzubauen. Es möge den gesellschaftlichen Anstrengungen, die Reste der verhängnisvollen Vergangenheit zu beseltigen, als ein gutes Omen dienen, daß am heutigen Tag im Bundeskanzleramt eine Ausstellung der "Judaica" eröffnet wird.

(-/8. Mai 1991/rs/ks)
